

Ansätze zu einer europäischen Öffentlichkeit

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 141 vom 21. Juni 2019

I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 141 vom 21. Juni 2019, S. 8, unter dem Titel:

"Ansätze zu einer europäischen Öffentlichkeit. Europapolitik interessiert nicht mehr nur zur Zeit von Wahlen. Vor allem der Brexit hat viele von den Vorzügen der EU überzeugt."

TABELLENÜBERSICHT

| | | | |
|-----------|---|---|-------------------------------------------------------|
| Tabelle | A | 1 | Interesse an der Europawahl |
| | A | 2 | Wichtige Wahl? |
| | A | 3 | Mehr als zwei Drittel kennen das europaweite Ergebnis |
| | A | 4 | Europäische Themen |
| | A | 5 | Großbritanniens Teilnahme an der Wahl trotz Brexit |
| | B | 1 | Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage) |
| Schaubild | | 1 | Europawahl als Gesprächsthema |
| | | 2 | Zweite Garnitur? |
| | | 3 | Bekanntheit europäischer Politiker |
| | | 4 | Interesse an der Politik in europäischen Ländern |
| | | 5 | Gemeinsam stärker? |
| | | 6 | Gemeinsam stärker? - Nach Parteiorientierung |

Originalmanuskript

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Ansätze zu einer europäischen Öffentlichkeit

Über Jahrzehnte hinweg waren die Wahlen zum Europäischen Parlament wie auch die Europapolitik allgemein für die Bevölkerung von untergeordneter Bedeutung. Viele verstanden kaum, was das Parlament tat, kannten die Abgeordneten nicht und hatten auch keine ausgeprägte Meinung dazu. In der Umfrageforschung äußerte sich dies oft in auffällig unscharfen Ergebnissen. So stellte das Institut für Demoskopie Allensbach beispielsweise im Jahr 1998 die Frage, ob das Europäische Parlament zu wenig Einfluss habe oder nicht. Daraufhin meinten 26 Prozent, es habe zu wenig Einfluss, 28 Prozent glaubten dies nicht, 46 Prozent waren unentschieden. Wenn man aber die Frageformulierung nur geringfügig veränderte und fragte, ob das Parlament mehr Einfluss bekommen sollte, sprachen sich 40 Prozent dafür aus und nur 18 Prozent dagegen. Eine klare relative Mehrheit von 42 Prozent blieb unentschieden. Wenn so kleine Veränderungen im Fragetext derart große Effekte auslösen und gleichzeitig die meisten Befragten auf die Antwortkategorie „Unentschieden“ ausweichen, ist das ein sicheres Zeichen dafür, dass praktisch keine Meinungsbildung stattge-

funden hat. Die Europapolitik lag für die meisten Bürger in weiter Ferne.

Dies hat sich in der Zwischenzeit geändert, und es spricht einiges dafür, dass ausgerechnet die inzwischen seit einem Jahrzehnt andauernde öffentliche Diskussion um eine angebliche Krise der Europäischen Union wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Europapolitik deutlich stärker ins Bewusstsein der Bürger gerückt ist und die europäische Einigung in vielen Ländern wieder einen höheren Stellenwert bekommt. Dies hatte sich schon vor einem knappen Jahrzehnt bei der sogenannten „Euro-Krise“ gezeigt, als in Deutschland die Zustimmung zur Gemeinschaftswährung just zu dem Zeitpunkt deutlich stieg, als öffentlich über ihr mögliches Scheitern diskutiert wurde.

Nach der Entscheidung Großbritanniens, die Gemeinschaft zu verlassen, wiederholte sich das Muster: Während allgemein noch über eine Schwächung der Gemeinschaft gesprochen wurde, verbesserte sich, wie die Ergebnisse von international vergleichenden Umfragen des amerikanischen Pew Research Centers zeigen, in praktisch allen EU-Ländern, aus denen Daten vorliegen, die Meinung der Bürger über die Europäische Union. Das gilt auch für Großbritannien selbst. Offensichtlich hatten die krisenhaften Ereignisse vielen Bürgern die Bedeutung des Einigungsprojekts erst vor Augen geführt.

Und so fand auch die Europawahl vom 23. bis 26. Mai dieses Jahres deutlich mehr Aufmerksamkeit als frühere Wahlen zum Europäischen Parlament. Auf die Frage „Haben Sie sich in letzter Zeit mal mit irgendjemand über die Europawahl unterhalten?“ antworteten in der jüngsten Repräsentativumfrage des Allensbacher Instituts im Auftrag dieser Zeitung mehr als zwei Drittel der Befragten (69 Prozent) mit „Ja“. 1989, als die Frage schon einmal gestellt wurde, hatten dies nach der damaligen Wahl nur 52 Prozent gesagt.

Schaubild 1

Ebenfalls mehr als zwei Drittel, 72 Prozent, sagten in der aktuellen Umfrage, dass sie sich zumindest etwas für die Europawahl und ihre politischen Folgen interessierten. Nur 27 Prozent sagten, dass sie sich dafür kaum oder gar nicht interessierten. Und der Aussage „Die Europawahl ist keine besonders wichtige Wahl, da das Europäische Parlament nicht viel zu sagen hat und wichtige Entscheidungen ohnehin anderswo getroffen werden“ stimmten in der aktuellen Umfrage gerade 21 Prozent der Befragten zu, 56 Prozent sagten, sie sähen das nicht so.

Tabelle A 1

Tabelle A 2

Bei der Einschätzung der Bedeutung europäischer Politiker zeigen sich die Bürger dagegen unsicherer. Eine Frage lautete: „Kürzlich sagte uns jemand: ‚Die wirklich guten Politiker kandidieren doch für die Bundestags- oder Landtagswahl. Die Politiker, die für die Europawahl kandidieren, sind doch meistens die

zweite Garnitur.’ Sehen Sie das auch so, oder würden Sie das nicht sagen?“ Eine relative Mehrheit von 41 zu 33 Prozent der Befragten sagte, sie sehe das auch so. Im Jahr 1999 waren bei derselben Frage die Ergebnisse praktisch gleich ausgefallen.

Man kann an dieser Frage besonders gut erkennen, wie sehr die Einstellung zur europäischen Politik eine Frage der Bildung ist: Dass es sich bei den Europapolitikern um die „zweite Garnitur“ in der Politik handele, glaubten 48 Prozent der Befragten mit einfacher Schulbildung, aber nur 36 Prozent derer mit höherer Schulbildung. Man kann aus diesem Ergebnis indirekt schließen, wie abstrakt, wie kompliziert die Europapolitik für viele Bürger auch heute noch erscheint. Ihre Bedeutung erschließt sich vielen anscheinend erst dann, wenn sie sich intensiver damit beschäftigen.

Schaubild 2

Darauf, dass Politiker auf der europäischen Ebene trotz aller Fortschritte der letzten Jahre noch immer weitaus weniger Aufmerksamkeit bei den Deutschen genießen als Bundes- oder Landespolitiker, deuten auch die Bekanntheitswerte der wichtigsten Vertreter der europäischen Politik hin. Immerhin 83 Prozent der Befragten sagten im Juni 2019, sie hätten schon einmal von Jean-Claude Juncker gehört. Zum Vergleich: Bundeskanzlerin Merkel war zum letzten Mal, als dies erfragt wurde, 98 Prozent der Deutschen bekannt, Wolfgang Schäuble 97 Prozent und Frank-Walter Stein-

Schaubild 3

meier 96 Prozent.

Es folgen in der Rangliste der bekanntesten Akteure in der europäischen Politik der vermutlich vielen noch als baden-württembergischer Ministerpräsident bekannte Günter Oettinger mit 69 Prozent, Donald Tusk und Manfred Weber mit jeweils 62 Prozent und Mario Draghi mit 59 Prozent. Frans Timmermans, der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten bei der Europawahl, ist dagegen nur einer Minderheit von 40 Prozent der Deutschen bekannt. Auf europäischer Ebene so bedeutende Persönlichkeiten wie Margrethe Vestager oder Federica Mogherini sind nur 25 bzw. 20 Prozent der Deutschen bekannt, Guy Verhofstadt und Michel Barnier jeweils nur 13 Prozent. Was diese Werte bedeuten, zeigt das Ergebnis für den in die Namensliste aufgenommenen fiktiven Politiker Ulf Ljungberg. Ihn glaubten 9 Prozent der Befragten zu kennen, nicht weniger als den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani. Bisher beschränken sich die Kenntnisse der Bürger vom politischen Personal in Europa also auf sehr wenige herausragende Persönlichkeiten.

Schaubild 3

Dennoch bleibt auffällig, dass das Interesse vieler Deutscher an der Europawahl mittlerweile über die nationale Dimension des Ereignisses hinausgeht. Auf die Frage „Haben Sie mitbekommen, wie die Europawahl in Europa insgesamt ausgegangen ist, also wie die Sitze im Europäischen Parlament grob verteilt sind, oder haben Sie das nicht mitbekommen?“ antworteten fast zwei Drittel, 65 Prozent, sie hätten dies mitbekommen. Man kann hier mit et-

Tabelle A 3

was gutem Willen den Ansatz zu einer europäischen Öffentlichkeit ausmachen.

Fragt man etwas genauer nach, welche Aspekte der europäischen Politik für die Deutschen von Interesse sind, dann sticht die Diskussion um den Brexit heraus. Die Deutschen haben, wie die damaligen Allensbacher Umfragen zeigen, den Entschluss Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, von Anfang an bedauert und als Fehler eingeschätzt. Nun beobachten sie offenbar mit Spannung die politischen Folgen: 78 Prozent sagten in der aktuellen Umfrage, sie interessierten sich für dieses Thema. Erst mit deutlichem Abstand folgt, genannt von 61 Prozent, das in den Jahren 2015 bis 2017 so dominante Thema Flüchtlinge. Jeweils rund die Hälfte der Befragten sagte, sie beschäftigten sich mit dem Verhältnis zwischen der EU und der Türkei und mit den „Gelbwesten-Protesten“ in Frankreich. Für die Einflussnahme Russlands auf die Politik in Europa interessierten sich 40 Prozent. Hier gibt es übrigens keinen nennenswerten Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.

Tabelle A 4

Wie sehr sich die Deutschen mit dem Brexit beschäftigen, zeigt auch das Ergebnis der Frage, bei welchen Ländern man sich dafür interessiert, was dort politisch geschieht. An erster Stelle steht hier, genannt von 62 Prozent der Befragten, Großbritannien. Erst danach folgen die traditionell engsten Partner Frankreich (54 Prozent) und Österreich (52 Prozent). Bei der Frage, wie zu bewerten sei, dass Großbritanni-

Schaubild 4

en nun noch einmal an der Europawahl teilgenommen hat, zeigen sich die Deutschen allerdings ratlos: 39 Prozent meinten, es sei nicht gut, dass das Königreich an der Wahl teilgenommen habe, wo es doch die Union verlassen wolle; nicht viel weniger, 35 Prozent, sagten aber auch, es sei in Ordnung, dass das Land sich an der Wahl beteiligt habe, schließlich sei es immer noch Mitglied. Ebenfalls fast gleich viele (33 Prozent) meinten, die Teilnahme an der Wahl sei sogar gut, denn man könne nicht wissen, ob Großbritannien nicht doch in der EU verbleibt. Wiederum kaum weniger (32 Prozent) (man konnte mehrere Antworten auswählen) fanden, man hätte Großbritannien vor der Wahl aus der Union verabschieden sollen.

Tabelle A 5

Keine Ratlosigkeit herrscht dagegen bei der Frage, ob ein vereintes Europa im deutschen Interesse ist oder nicht. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Was glauben Sie, wie Deutschland seine Interessen am besten in der Welt vertreten kann: indem es geschlossen mit anderen EU-Ländern auftritt, oder indem es seine Interessen ausschließlich allein vertritt?“ 70 Prozent der Befragten meinten, Deutschland könne seine Interessen besser gemeinsam mit den anderen EU-Ländern vertreten, lediglich 11 Prozent widersprachen. In diesem Punkt gab es, anders als es vermutlich in manchen anderen EU-Ländern wie Großbritannien der Fall wäre, keine Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Befragten, und auch die

Schaubild 5

Wähler aller Parteien urteilten übereinstimmend, mit Ausnahme derer der AfD. Aber selbst diese sagten immerhin mit einer knappen relativen Mehrheit von 37 zu 34 Prozent, dass Deutschland seine Interessen besser gemeinsam mit den anderen EU-Ländern als allein vertreten könne. Betrachtet man die Umfrageergebnisse als Ganzes, gewinnt man den Eindruck, dass der Blick auf die europäische Einigung in den letzten Jahren positiver und nüchterner zugleich geworden ist. Die EU ist für die Deutschen weder überwiegend das abstrakte bürokratische Schreckgespenst, als das sie oft hingestellt wird, noch der ferne Wunschtraum, den sie in den frühen Jahren der Bundesrepublik darstellte. Stattdessen scheint sie zunehmend, trotz aller ihrer Schwächen und Konstruktionsfehler im Detail, als eine schlichte Notwendigkeit angesehen zu werden.

Schaubild 6

UNTERSUCHUNGSDATEN

| | |
|--------------------------|------------------------------------------------------------------------|
| Befragter Personenkreis: | Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland |
| Anzahl der Befragten: | 1273 |
| Befragungszeitraum: | 1.06. - 12.06.2019 |
| Methode: | Repräsentative Quotenauswahl |
| Art der Interviews: | Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face) |

Anhangtabellen

Interesse an der Europawahl

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehr interessieren Sie sich ganz generell für die Europawahl und ihre Folgen? Würden Sie sagen ..."

| | Bevölkerung insgesamt |
|-----------------------------------|--------------------------|
| | % |
| "Sehr" / "etwas" | 72 |
| "Kaum bzw. gar nicht" | 27 |
| Unentschieden, keine Angabe | 1 |
| | <hr/> 100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005, Juni 2019

Wichtige Wahl?

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Kürzlich sagte uns jemand: 'Die Europawahl ist keine besonders wichtige Wahl, das das Europäische Parlament nicht viel zu sagen hat und wichtige Entscheidungen ohnehin anderswo getroffen werden.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

| | Bevölkerung insgesamt |
|-----------------------------------|--------------------------|
| | % |
| Sehe das auch so | 21 |
| Sehe das nicht so | 56 |
| Unentschieden, keine Angabe | 23 |
| | <hr/> 100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005, Juni 2019

Mehr als zwei Drittel kennen das europaweitete Ergebnis

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie mitbekommen, wie die Europawahl in Europa insgesamt ausgegangen ist, also wie die Sitze im Europäischen Parlament grob verteilt sind, oder haben Sie das nicht mitbekommen?"

| | Bevölkerung insgesamt |
|-----------------------------------|--------------------------|
| | % |
| Habe es mitbekommen | 65 |
| Habe es nicht mitbekommen | 30 |
| Unentschieden, keine Angabe | 5 |
| | <hr/> 100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005, Juni 2019

Europäische Themen

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf der Liste stehen verschiedene Themen, über die im Zusammenhang mit Europa in letzter Zeit diskutiert wurde. Sind darunter welche, die Sie interessieren bzw. die Sie verfolgen?"
(Listenvorlage)

| | Bevölk. insg. | West | Ost |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|------|-----|
| | % | % | % |
| Der Austritt Großbritanniens aus der EU | 78 | 79 | 70 |
| Die Uneinigkeit über die Verteilung der Flüchtlinge in Europa | 61 | 62 | 58 |
| Der Umgang mit Flüchtlingen im Mittelmeer | 61 | 63 | 53 |
| Das Verhältnis zwischen der EU und der Türkei | 51 | 52 | 46 |
| Die Demonstrationen der sog. "Gelbwesten" in Frankreich | 50 | 50 | 52 |
| Die Einflussnahme Russlands auf die Politik und die öffentliche Diskussion in Europa | 40 | 41 | 38 |
| Das Video des ehemaligen FPÖ-Vorsitzenden Strache und die Regierungskrise in Österreich | 37 | 37 | 39 |
| Die Bestrebungen rechtspopulistischer Parteien, eine europaweite Allianz zu formen | 36 | 36 | 36 |
| Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank | 34 | 33 | 37 |
| Die Politik von Viktor Orban in Ungarn | 32 | 32 | 34 |
| Die Pläne des französischen Präsidenten Macron zur wirtschaftlichen Vertiefung der EU | 28 | 28 | 28 |
| Die Zukunft der Grenze zwischen Irland und Nordirland | 26 | 27 | 22 |
| Der Aufstieg und die Regierungsbeteiligung des rechten Lega-Politikers Salvini in Italien | 24 | 25 | 19 |
| Die Versuche der polnischen Regierung, das Justizsystem zu ändern | 24 | 24 | 24 |
| Das Unabhängigkeitsstreben in Katalonien | 20 | 20 | 23 |
| Die wirtschaftliche Entwicklung Italiens | 19 | 20 | 17 |
| Der Aufbau einer europäischen Armee | 16 | 16 | 18 |
| Nein, keines davon | 10 | 8 | 17 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005, Juni 2019

Großbritanniens Teilnahme an der Wahl
trotz Brexit

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Obwohl Großbritannien aus der Europäischen Union austreten möchte, haben die Briten dennoch bei der Europawahl gewählt, da der Brexit bis heute nicht vollzogen ist. Hier stehen einige Aussagen dazu. Was davon würden auch Sie sagen?" (Listenvorlage)

| | Bevölk. insg. |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| | % |
| Ich finde es nicht gut, dass Großbritannien Abgeordnete ins EU-Parlament schickt, obwohl es gar nicht mehr in der EU sein möchte..... | 39 |
| Ich finde es in Ordnung, dass die Briten bei der Europawahl gewählt haben, denn sie sind ja schließlich noch Mitglied in der EU | 35 |
| Ich finde es wichtig, dass Großbritannien an der Europawahl teilgenommen hat, da noch nicht absehbar ist, ob es tatsächlich zum Brexit kommt..... | 33 |
| Die EU hätte die Brexit-Frist nicht verlängern und die Briten damit auch nicht an der Europawahl teilnehmen lassen dürfen..... | 32 |
| Ich fände es gut, wenn Großbritannien noch vor der ersten Sitzung des neuen Europaparlaments aus der EU austritt, so dass keine britischen Abgeordneten im Europaparlament sitzen | 30 |
| Es ist mir egal, ob Großbritannien an der Europawahl teilgenommen hat oder nicht | 16 |
| Nichts davon..... | 3 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005, Juni 2019

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

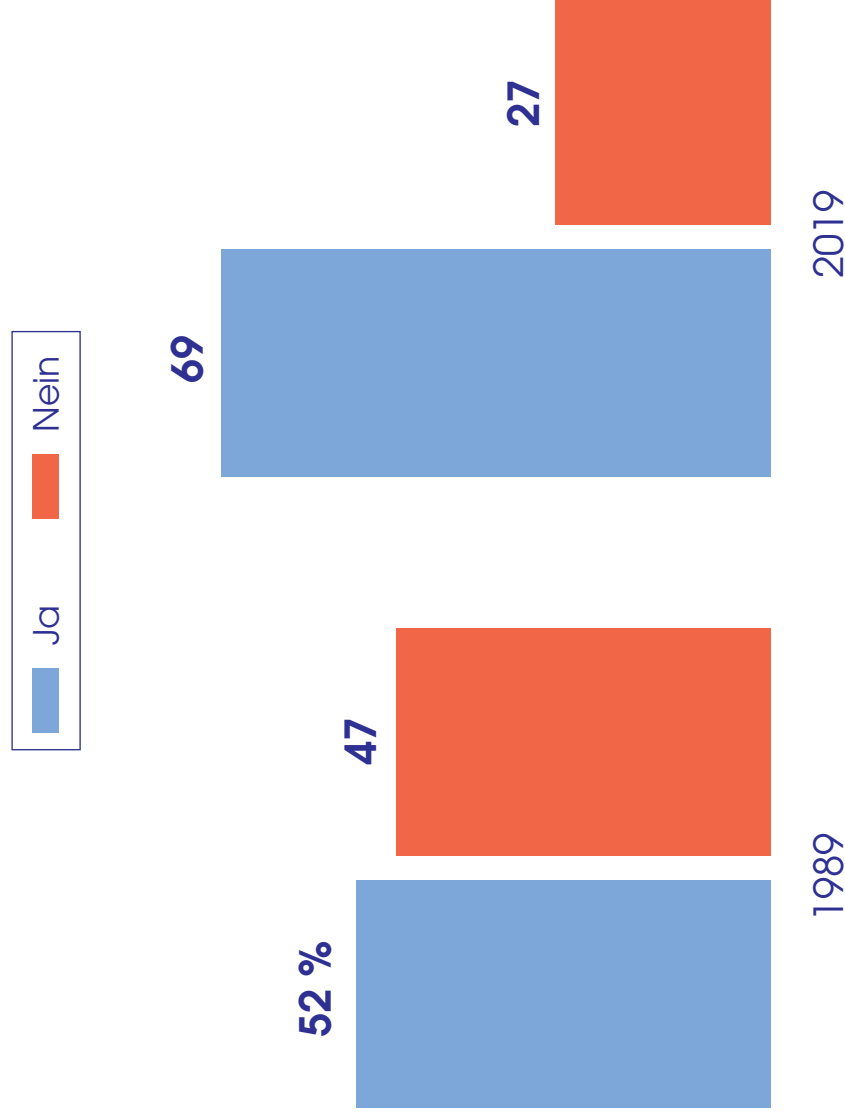
| | CDU/ CSU % | FDP % | SPD % | Bü.90/ GRÜNE % | DIE LINKE % | AfD % | Sonstige % |
|--------------------------|------------------|----------|----------|----------------------|-------------------|----------|---------------|
| Bundestagswahl | | | | | | | |
| 27.9.2009 | 33,8 | 14,6 | 23,0 | 10,7 | 11,9 | - | 6,0 |
| 2009: Jahresdurchschnitt | 36,0 | 13,5 | 24,0 | 11,5 | 10,5 | - | 4,5 |
| 2010: Jahresdurchschnitt | 33,0 | 8,0 | 28,0 | 16,0 | 9,5 | - | 5,5 |
| 2011: Jahresdurchschnitt | 33,5 | 5,0 | 28,5 | 19,0 | 7,5 | - | 6,5 |
| 2012: Jahresdurchschnitt | 35,5 | 4,5 | 29,0 | 14,5 | 6,5 | - | 10,0 |
| Bundestagswahl | | | | | | | |
| 22.9.2013 | 41,5 | 4,8 | 25,7 | 8,4 | 8,6 | 4,7 | 6,3 |
| 2013: Jahresdurchschnitt | 39,5 | 5,5 | 26,0 | 12,5 | 7,5 | - | 9,0 |
| 2014: Jahresdurchschnitt | 40,5 | 4,0 | 26,0 | 10,0 | 8,5 | 6,0 | 5,0 |
| 2015: Jahresdurchschnitt | 40,0 | 5,0 | 26,0 | 10,0 | 9,0 | 5,5 | 4,5 |
| 2016: Jahresdurchschnitt | 34,0 | 7,5 | 23,0 | 11,0 | 9,0 | 11,0 | 4,5 |
| Bundestagswahl | | | | | | | |
| 24.9.2017 | 32,9 | 10,7 | 20,5 | 8,9 | 9,2 | 12,6 | 5,2 |
| 2017: Jahresdurchschnitt | 36,0 | 9,0 | 25,0 | 8,5 | 8,5 | 9,0 | 4,0 |
| 2018: 5. bis 18. Januar | 34,0 | 10,0 | 21,0 | 10,5 | 8,5 | 12,0 | 4,0 |
| 2. - 15. Februar | 32,0 | 11,0 | 17,5 | 12,0 | 9,5 | 13,0 | 5,0 |
| 2. - 15. März | 34,0 | 10,0 | 19,0 | 11,0 | 10,0 | 12,5 | 3,5 |
| 3. - 17. April | 34,0 | 10,0 | 20,5 | 11,0 | 9,0 | 12,0 | 3,5 |
| 24. April - 8. Mai | 34,0 | 9,0 | 20,0 | 11,0 | 10,0 | 11,5 | 4,5 |
| 1. - 13. Juni | 33,0 | 9,5 | 21,0 | 11,0 | 9,5 | 13,0 | 3,0 |
| 1. - 12. Juli | 30,5 | 9,5 | 20,0 | 12,0 | 9,0 | 15,0 | 4,0 |
| 27. Juli - 9. Aug. | 31,0 | 9,0 | 20,0 | 12,5 | 9,0 | 14,5 | 4,0 |
| 1. - 13. September | 31,5 | 8,5 | 19,5 | 12,5 | 9,0 | 15,0 | 4,0 |
| 28. Sept.-11. Okt. | 29,0 | 8,5 | 19,0 | 15,0 | 9,0 | 15,0 | 4,5 |
| 2. - 15. November | 28,0 | 9,5 | 17,0 | 19,0 | 9,0 | 13,5 | 4,0 |
| 1. - 12. Dezember | 29,0 | 8,5 | 16,5 | 19,0 | 9,0 | 14,0 | 4,0 |
| 2018: Jahresdurchschnitt | 31,5 | 9,5 | 19,0 | 13,0 | 9,5 | 13,5 | 4,0 |
| 2019: 5. - 17. Januar | 31,5 | 8,5 | 16,5 | 18,0 | 8,5 | 13,0 | 4,0 |
| 1. - 13. Februar | 30,0 | 8,0 | 18,0 | 18,5 | 8,0 | 13,5 | 4,0 |
| 7. - 21. März | 30,0 | 8,5 | 18,0 | 19,0 | 8,5 | 12,0 | 4,0 |
| 1. - 12. April | 30,0 | 9,0 | 18,5 | 18,0 | 8,0 | 12,5 | 4,0 |
| 3. - 16. Mai | 30,0 | 9,0 | 17,5 | 17,0 | 8,5 | 13,0 | 5,0 |
| 1. - 12. Juni | 29,0 | 8,0 | 12,0 | 25,0 | 8,0 | 12,0 | 6,0 |

Befragt wurden insgesamt 1.273 Personen

Schaubilder

Die Europawahl als Gesprächsthema

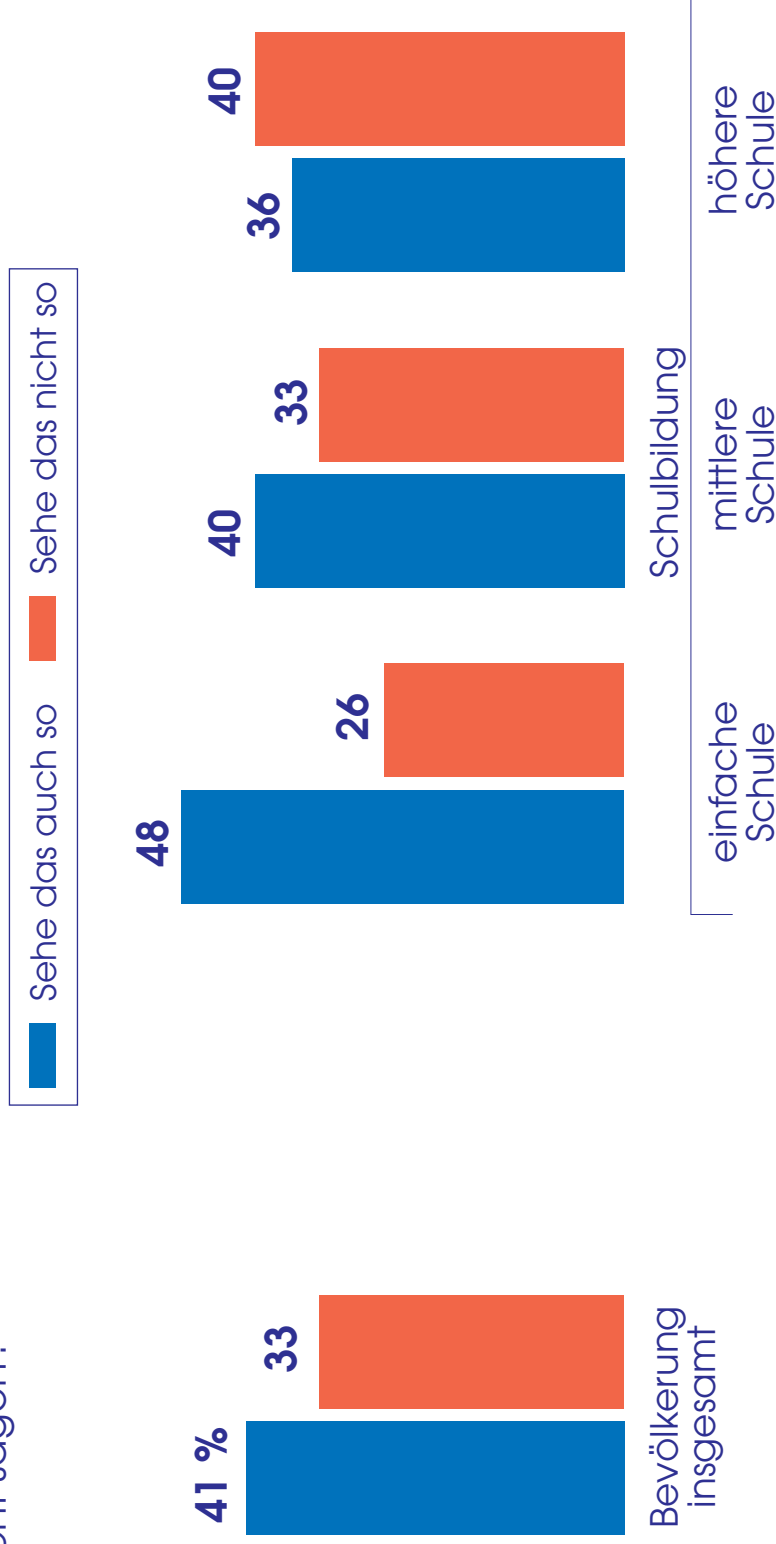
Frage: "Haben Sie sich in letzter Zeit mal mit irgendjemand über die Europawahl unterhalten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre (1989 nur Westdeutschland)
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5021, 12005

Zweite Garnitur?

Frage: "Kürzlich sagte uns jemand: 'Die wirklich guten Politiker kandidieren doch für die Bundestags- oder Landtagswahl. Die Politiker, die für die Europawahl kandidieren, sind doch meistens die zweite Garnitur.' Sehen Sie das auch so, oder würden Sie das nicht sagen?"



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden, keine Angabe

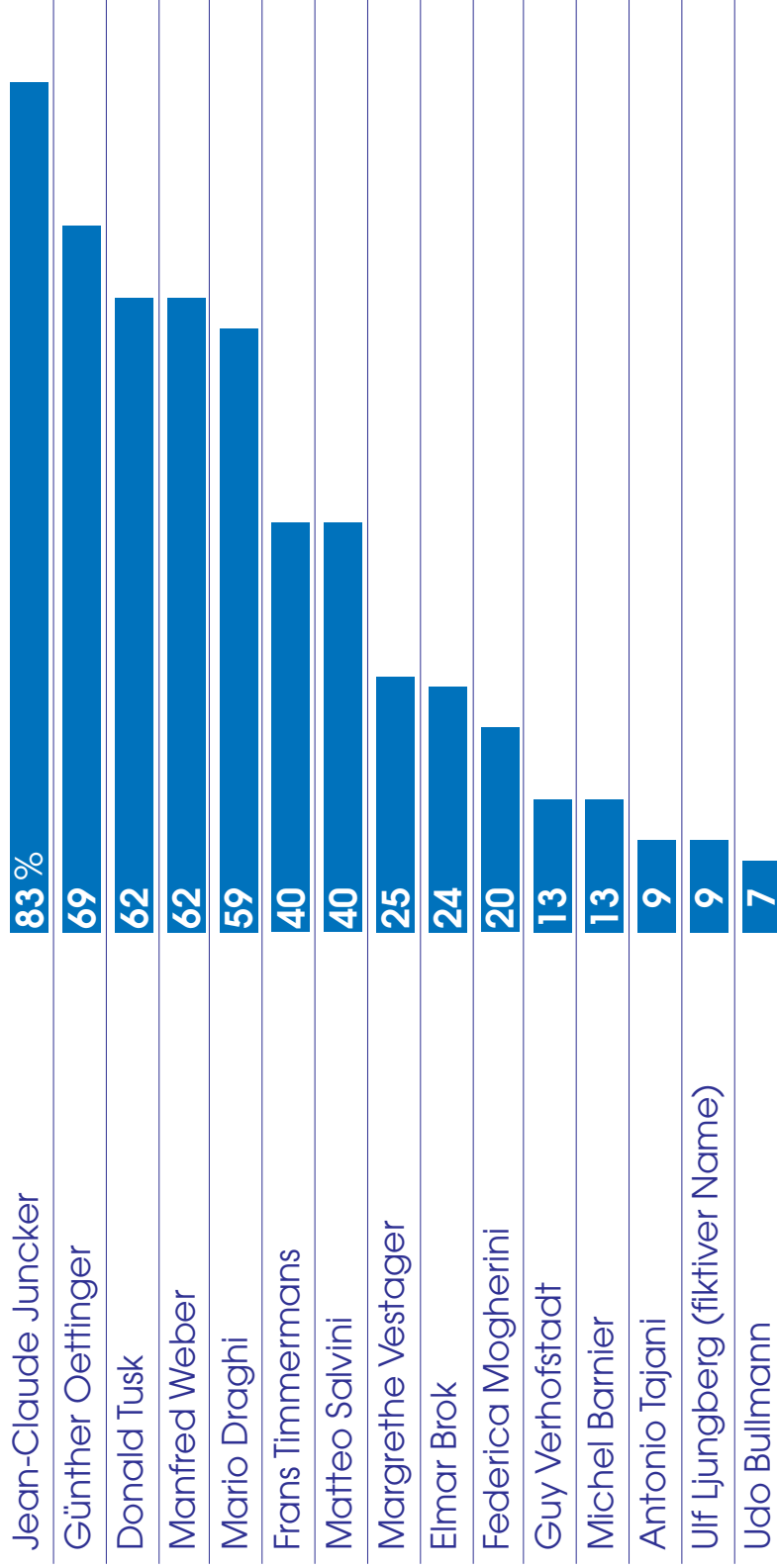
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005

Bekanntheit europäischer Politiker

Frage: "Hier habe ich Karten mit Namen von europäischen Politikern. Könnten Sie die bitte einmal durchsehen und mir alle herauslegen, von denen Sie schon einmal gehört oder gelesen haben?"

Antwort: "Ja, habe schon von dem Politiker gehört"

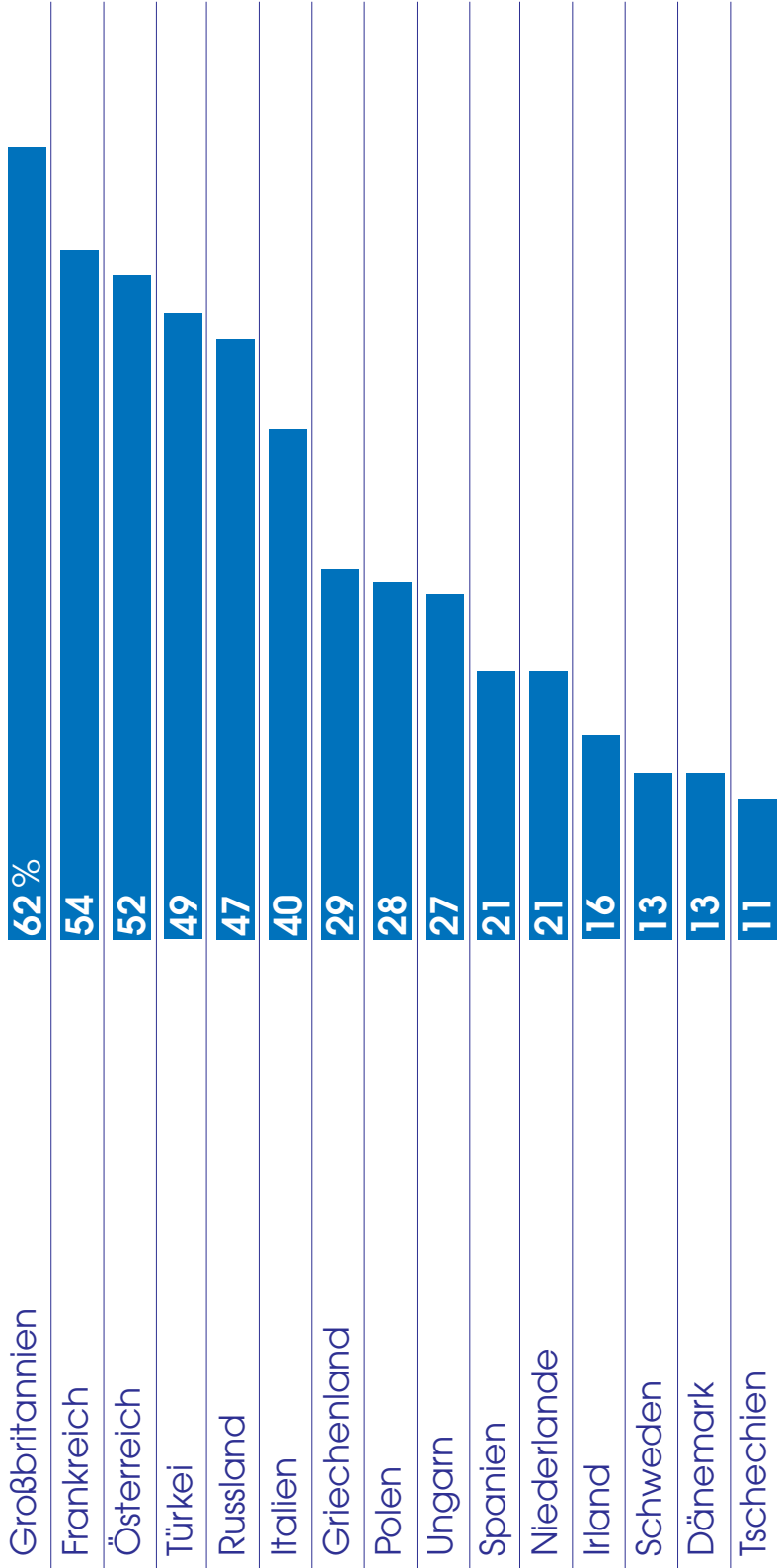
- Auszug aus den Angaben -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005

Interesse an der Politik in europäischen Ländern

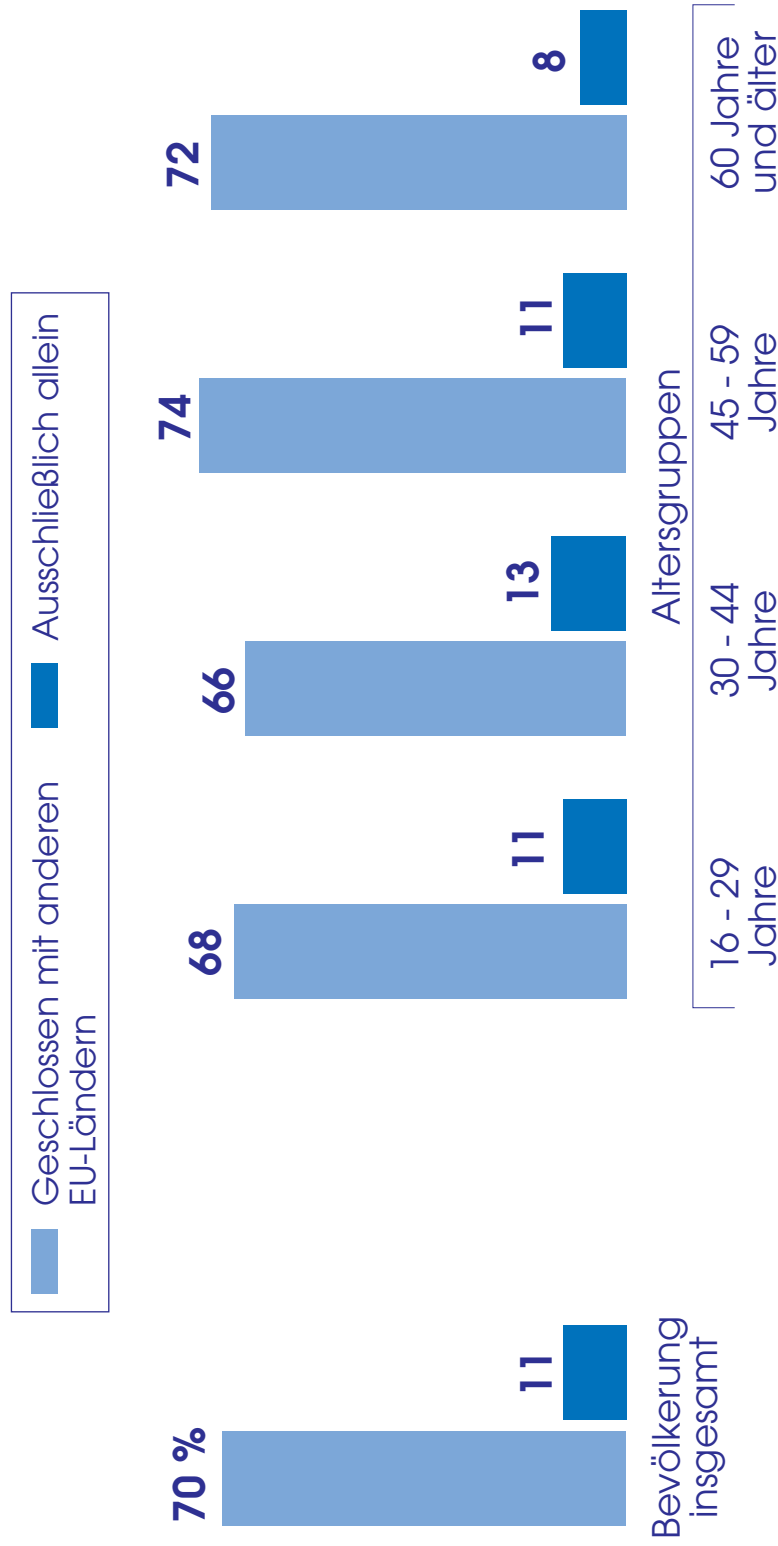
Frage: "Hier auf der Liste stehen verschiedene europäische Länder. Sind darunter welche, bei denen es Sie interessiert, was politisch dort passiert?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005

Gemeinsam stärker? – Altersgruppen

Frage: "Was glauben Sie, wie Deutschland seine Interessen am besten in der Welt vertreten kann: indem es geschlossen mit anderen EU-Ländern auftritt, oder indem es seine Interessen ausschließlich allein vertritt?"

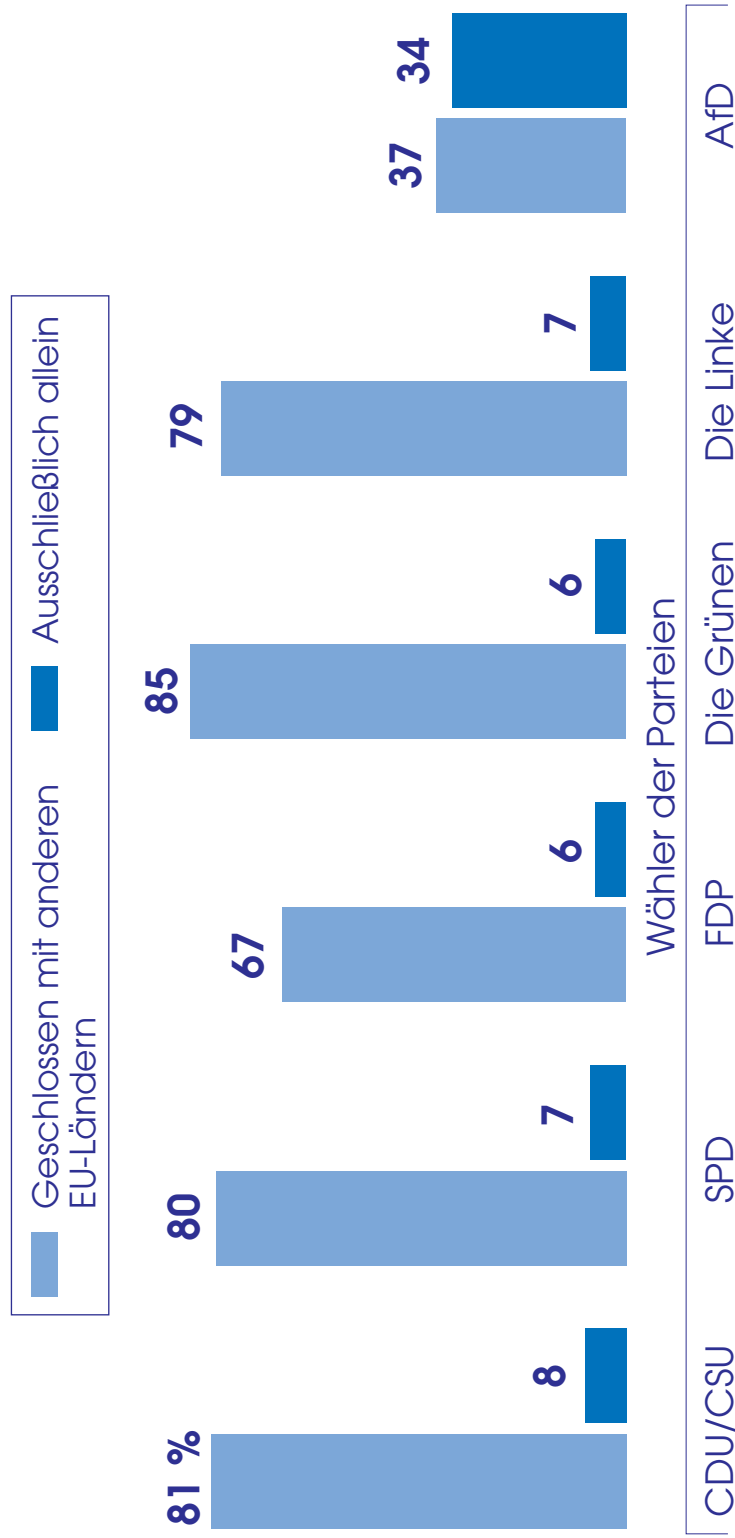


An 100 fehlende Prozent: Unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005

Gemeinsam stärker? – Nach Parteiorientierung

Frage: "Was glauben Sie, wie Deutschland seine Interessen am besten in der Welt vertreten kann: indem es geschlossen mit anderen EU-Ländern auftritt, oder indem es seine Interessen ausschließlich allein vertritt?"



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12005

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 141
vom 21. Juni 2019, S. 8, unter dem Titel:

"Ansätze zu einer europäischen Öffentlichkeit.
Europapolitik interessiert nicht mehr nur zur Zeit
von Wahlen. Vor allem der Brexit hat viele von den
Vorzügen der EU überzeugt."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Ansätze zu einer europäischen Öffentlichkeit

Über Jahrzehnte hinweg waren die Wahlen zum Europäischen Parlament wie auch die Europapolitik allgemein für die Bevölkerung von untergeordneter Bedeutung. Viele verstanden kaum, was das Parlament tat, kannten die Abgeordneten nicht und hatten auch keine ausgeprägte Meinung dazu. In der Umfrageforschung äußerte sich dies oft in auffällig unscharfen Ergebnissen. So stellte das Institut für Demoskopie Allensbach beispielsweise 1998 die Frage, ob das Europäische Parlament zu wenig Einfluss habe oder nicht. Daraufhin meinten 26 Prozent, es habe zu wenig Einfluss, 28 Prozent glaubten dies nicht, 46 Prozent waren unentschieden. Wenn man aber die Frageformulierung nur geringfügig veränderte und fragte, ob das Parlament mehr Einfluss bekommen sollte, sprachen sich 40 Prozent dafür aus und nur 18 Prozent dagegen. Eine klare relative Mehrheit von 42 Prozent blieb unentschieden. Wenn so kleine Veränderungen im Fragetext derart große Effekte auslösen und gleichzeitig die meisten Befragten auf die Antwort „Unentschieden“ ausweichen, ist das ein sicheres Zeichen dafür, dass praktisch keine Meinungsbildung stattgefunden hat. Die Europapolitik lag für die meisten Bürger in weiter Ferne.

Dies hat sich in der Zwischenzeit geändert, und es spricht einiges dafür, dass ausgerechnet die inzwischen seit einem Jahrzehnt andauernde öffentliche Diskussion über eine angebliche Krise der Europäischen Union wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Europapolitik stärker ins Bewusstsein gerückt ist und die europäische Einigung in vielen Ländern wieder einen höheren Stellenwert bekommt. Dies hat

Gerade in Krisenzeiten ist die Zustimmung zur Europäischen Union gewachsen.

sich schon vor knapp einem Jahrzehnt bei der sogenannten „Euro-Krise“ gezeigt, als in Deutschland die Zustimmung zur Gemeinschaftswährung just zu dem Zeitpunkt deutlich stieg, als öffentlich über ihr mögliches Scheitern diskutiert wurde.

Nach der Entscheidung Großbritanniens, die Gemeinschaft zu verlassen, wiederholte sich das Muster: Während allgemein noch über eine Schwächung der Gemeinschaft gesprochen wurde, verbesserte sich, wie die Ergebnisse von international vergleichenden Umfragen des amerikanischen Pew Research Centers zeigen, in praktisch allen EU-Ländern, aus denen Daten vorliegen, die Meinung der Bürger über die Europäische Union. Das gilt auch für Großbritannien selbst. Offensichtlich hatten die krisenhaften Ereignisse vielen Bürgern die Bedeutung des Einigungsprojekts erst vor Augen geföhrt.

Und so fand auch die Europawahl dieses Jahres deutlich mehr Aufmerksamkeit als frühere Wahlen zum europäischen Parlament. Auf die Frage „Haben Sie sich in letzter Zeit mal mit irgendjemand über die Europawahl unterhalten?“ antworteten in der jüngsten Repräsentativumfrage des Allensbacher Instituts im Auftrag dieser Zeitung mehr als zwei Drittel der Befragten (69 Prozent) mit Ja. 1989, als die Frage schon einmal gestellt wurde, hatten dies nach der damaligen Wahl nur 52 Prozent gesagt.

Ebenfalls mehr als zwei Drittel, 72 Prozent, sagten in der aktuellen Umfrage, dass sie sich zumindest etwas für die Europawahl und ihre politischen Folgen interessierten. Nur 27 Prozent sagten, dass sie sich dafür kaum oder gar nicht interessieren. Und der Aussage „Die Europawahl ist keine besonders wichtige Wahl, da das Europäische Parlament nicht viel zu sagen hat und wichtige Entscheidungen ohne ihn anderswo getroffen werden“ stimmten 21 Prozent der Befragten zu, 56 Prozent sagten, sie sähen das nicht so.

Bei der Einschätzung der Bedeutung europäischer Politiker zeigen sich die Bürger dagegen unsicherer. Eine Frage lautete: „Kürzlich sagte uns jemand: ‚Die wirklich guten Politiker kandidieren doch für die Bundestags- oder Landtagswahl. Die



Europapolitik interessiert nicht mehr nur zu Zeiten von Wahlen. Vor allem der Brexit hat viele von den Vorzügen der EU überzeugt.

Von Dr. Thomas Petersen
Institut für Demoskopie Allensbach

Politiker, die für die Europawahl kandidieren, sind doch meistens die zweite Garnitur. Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“ Eine relative Mehrheit von 41 zu 33 Prozent der Befragten sagte, sie sehe das auch so. 1999 waren bei derselben Frage die Ergebnisse praktisch gleich ausgefallen.

Man kann daran besonders gut erkennen, wie sehr die Einstellung zur europäischen Politik eine Frage der Bildung ist: Dass es sich bei den Europapolitikern um die „zweite Garnitur“ in der Politik hand-

bekannt, Wolfgang Schäuble 97 Prozent und Frank-Walter Steinmeier 96 Prozent.

Es folgen in der Rangliste der bekanntesten Akteure in der europäischen Politik der vermutlich vielen noch als baden-württembergischer Ministerpräsident bekannte Günther Oettinger mit 69 Prozent, Donald Tusk und Manfred Weber mit jeweils 62 Prozent und Mario Draghi mit 59 Prozent. Frans Timmermans, der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten bei der Europawahl, ist dagegen nur 40 Prozent der Deutschen bekannt. Auf europäischer

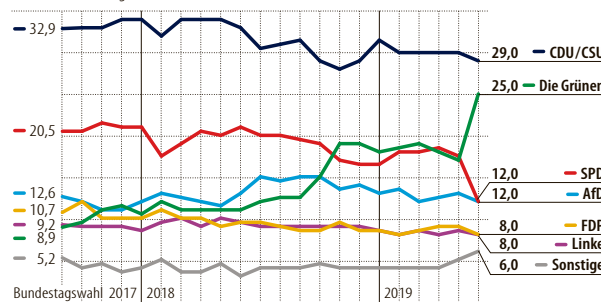
sehen Parlament grob verteilt sind, oder haben Sie das nicht mitbekommen?“ antworteten 65 Prozent, sie hätten dies mitbekommen. Man kann hier mit etwas gutem Willen den Ansatz zu einer europäischen Öffentlichkeit ausmachen.

Fragt man etwas genauer nach, welche Aspekte der europäischen Politik für die Deutschen von Interesse sind, dann sticht die Diskussion über den Brexit heraus. Die Deutschen haben, wie die damaligen Allensbacher Umfragen zeigen, den Entschluss Großbritanniens, die EU zu verlassen, von Anfang an bedauert und als Fehler eingeschätzt. Nun beobachten sie offenbar mit Spannung die politischen Folgen: 78 Prozent sagten in der aktuellen Umfrage, sie interessierten sich für dieses Thema. Erst mit deutlichem Abstand folgt, genannt von 61 Prozent, das in den Jahren 2015 bis 2017 dominante Thema Flüchtlinge. Jeweils rund die Hälfte der Befragten sagte, sie beschäftigten sich mit dem Verhältnis zwischen der EU und der Türkei und mit den „Gelbwesten“-Protesten in Frankreich. Für die Einflussnahme Russlands auf die Politik in Europa interessierten sich 40 Prozent. Hier gibt es übrigens kaum einen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland.

Wie sehr sich die Deutschen mit dem Brexit beschäftigen, zeigt auch das Ergebnis der Frage, bei welchen Ländern man sich dafür interessiere, was dort politisch geschieht. An erster Stelle steht hier, genannt von 62 Prozent, Großbritannien. Erst danach folgen Frankreich (54 Prozent) und Österreich (52 Prozent). Bei der Frage, wie zu bewerten sei, dass Großbritannien nun noch einmal an der Europawahl teilgenommen hat, zeigen sich die Deutschen allerdings ratlos: 39 Prozent meinten, es sei nicht gut, dass das Königreich teilgenommen habe, wo es doch die Union verlassen wolle; nicht viel weniger, 35 Prozent, sagten aber auch, es sei in Ordnung, dass das Land sich an der Wahl beteiligt habe, schließlich sei es immer noch Mitglied. Ebenfalls fast gleich viele (33 Prozent) meinten, die Teilnahme an der Wahl sei sogar gut, denn man könne nicht wissen, ob Großbritannien nicht doch in der EU verbleibe. Wiederum kaum weniger (32 Prozent) (man konnte

Die Stärke der Parteien

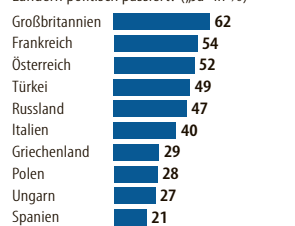
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimm-Ergebnisse in Prozent)



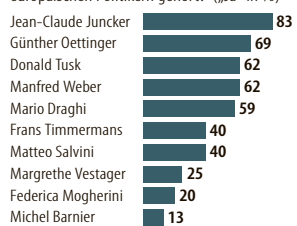
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 1. bis 12. Juni 2019, 1273 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

Das Interesse an Europapolitik

Interessiert es Sie, was in diesen europäischen Ländern politisch passiert? („Ja“ in %)

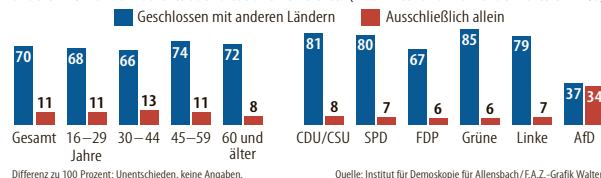


Haben Sie schon einmal von diesen europäischen Politikern gehört? („Ja“ in %)



Wäre Deutschland allein besser dran als im Rahmen der EU? Das meinen nur elf Prozent der Befragten.

Kann Deutschland seine Interessen am besten in der Welt vertreten, indem es geschlossen mit anderen EU-Ländern auftritt oder diese alleine vertritt? (Nach Alter und Wähler der Parteien in %)



le, glaubten 48 Prozent der Befragten mit einfacher Schulbildung, aber nur 36 Prozent derer mit höherer Schulbildung. Man kann aus diesem Ergebnis indirekt schließen, wie kompliziert die Europapolitik für viele Bürger auch heute noch erscheint. Ihre Bedeutung erschließt sich vielen anscheinend erst dann, wenn sie sich intensiver damit beschäftigen.

Darauf, dass Politiker auf der europäischen Ebene trotz aller Fortschritte der vergangenen Jahre noch immer weit weniger Aufmerksamkeit bei den Deutschen genießen als Bundes- oder Landespolitiker, deuten auch die Bekanntheitswerte der wichtigsten Vertreter der europäischen Politik hin. Immerhin 83 Prozent der Befragten sagten im Juni 2019, sie hätten schon einmal von Jean-Claude Juncker gehört. Zum Vergleich: Bundeskanzlerin Merkel war zum letzten Mal, als dies erfragt wurde, 98 Prozent der Deutschen

Ebene so bedeutende Persönlichkeiten wie Margrethe Vestager oder Federica Mogherini sind nur 25 beziehungsweise 20 Prozent der Deutschen bekannt, Guy Verhofstadt und Michel Barnier jeweils nur 13 Prozent. Was diese Werte bedeuten, zeigt das Ergebnis für den in die Namenliste aufgenommenen fiktiven Politiker Ulf Ljungberg. Ihn glaubten 9 Prozent der Befragten zu kennen, nicht weniger als den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani. Bisher beschränken sich die Kenntnisse der Bürger vom politischen Personal in Europa also auf wenige herausragende Persönlichkeiten.

Dennoch bleibt auffällig, dass das Interesse vieler Deutschen an der Europawahl mittlerweile über die nationale Dimension des Ereignisses hinausgeht. Auf die Frage „Haben Sie mitbekommen, wie die Europawahl in Europa insgesamt ausgefallen ist, also wie die Sitze im Europäi-

mehrere Antworten auswählen) fanden, man hätte Großbritannien vor der Wahl aus der Union verabschieden sollen.

Keine Ratlosigkeit herrscht dagegen bei der Frage, ob ein vereintes Europa im deutschen Interesse sei oder nicht. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Was glauben Sie, wie Deutschland seine Interessen am besten in der Welt vertreten kann: indem es geschlossen mit anderen EU-Ländern auftritt oder indem es seine Interessen ausschließlich allein vertritt?“ 70 Prozent meinten, Deutschland könne seine Interessen besser gemeinsam mit den anderen EU-Ländern vertreten, 11 Prozent widersprachen. In diesem Punkt gab es, anders als es vermutlich in manchen anderen EU-Ländern wie Großbritannien der Fall wäre, keine Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Befragten, und auch die Wähler aller Parteien urteilten übereinstimmend, mit Ausnahme derer der AfD. Aber selbst diese sagten immerhin mit 37 zu 34 Prozent, dass Deutschland seine Interessen besser gemeinsam mit den anderen EU-Ländern als allein vertreten könne. Betrachtet man die Umfrageergebnisse als Ganzes, gewinnt man den Eindruck, dass der Blick auf die europäische Einigung in den vergangenen Jahren positiver und nüchterner geworden ist. Die EU ist für die Deutschen weder überwiegend das bürokratische Schreckgespenst, als das sie oft hingestellt wird, noch der ferne Wunschtraum, der sie in den frühen Jahren der Bundesrepublik war. Stattdessen scheint sie zunehmend, trotz all ihrer Schwächen und Konstruktionsfehler im Detail, als eine schlichte Notwendigkeit angesehen zu werden.